



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Gr. — Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 2 Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Aufträge auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 483. Mittag-Ausgabe.

Dreihundertfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 15. October 1872.

## Deutschland.

Berlin, 14. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Präsidenten der Finanz-Direktion zu Hannover, Meinede, zum Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath und Director der Staats- und Cassen-Abtheilung des Finanz-Ministeriums; und den Kreisrichter Franz aus Delitzsch zum Director des Kreisgerichts in Jettz ernannt; so wie den praktischen Arzt Dr. Paul zu Loh und Dr. Holke zu Rattow als Sanitäts-Rath verliehen.

Der bisherige königl. Kreis-Bau-Inspector Herrschend in Gnesen ist zum königl. Bau-Inspector d. d. h. ernannt worden. Der bisherige königl. Kreis-Bau-Inspector Fölke in Varenstein ist zum königl. Bau-Inspector ernannt worden. Dem Lehrer für Photographie an der königl. Gewerbe-Akademie Dr. Hermann Vogel ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Berlin, 14. Oct. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] arbeiten am Freitag Vormittag, wie aus Baden gemeldet wird, mit dem Chef des Civil-Cabinetts, Geheimen Cabinets-Rath v. Bismarck, nahmen den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Pückler entgegen und ertheilten Audienz. Mittags empfingen Se. Majestät den Besuch Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden.

[Ihre Majestät die verwitwete Königin,] welche auf der Rückreise von Oberitalien einige Tage zum Besuch Ihrer Schwester, der Herzogin Maximilian in Bayern, in Posenhofen verweilte, ist vorgestern von dort wieder auf Schloss Sandzou eingetroffen.

[Der Krankheitszustand des Prinzen Albrecht] hat mehr an Bedenklichkeit zugenommen; durch Steigerung aller Erscheinungen ist die Lebenskraft sehr geschwächt.

Berlin, 14. Oct. [Prinz Albrecht. — Provinzialfonds. — Statistisches über Tabak.] Das Befinden des Prinzen Albrecht hat sich in den jüngsten Tagen dermaßen verschlimmert, daß man seiner baldigen Auflösung entgegensteht. Wie man hört, hat ein abermaliger Schlaganfall die Verschlimmerung des Zustandes herbeigeführt. — Unter den Vorlagen, welche für den Landtag vorbereitet werden, nennt man in unterrichteten Kreisen auch ein die Provinzialfonds betreffendes Gesetz. Es soll nämlich in der Absicht der Regierung liegen, diese Angelegenheit nicht nur im Budget zu behandeln, sondern zum Gegenstand einer besonderen Vorlage zu machen. — Nach einer Uebersicht der Anpflanzung, Ertrag und Preis des Tabaks in Preußen für das Jahr 1870 wurde in 14,050 Gemeinden Tabak gebaut, in welchen 22,995 Morgen mit Tabak bepflanzt waren. Auf diesen wurden 184,683 Centner Tabak geerntet. Obwohl die Provinz Preußen die meisten Gemeinden (7699) zählte, welche Tabak bauten, so betrug der Gesamtgewinn dort nur 4400 Gr., Pommern erntete dagegen in 1048 Gemeinden auf 4688 Morgen Acker 38,070 Gr., Provinz Sachsen in 283 Gemeinden auf 1795 Morgen Acker 16,655 Gr., die Rheinprovinz in 182 Gemeinden auf 1580 Morgen Acker 16,695 Gr., Brandenburg in 1516 Gemeinden auf 7875 Morgen Acker 61,453 Gr., Schlesten in 1476 Gemeinden auf 1942 Morgen Acker 17,344 Gr. u. s. w. Was die Qualität betrifft, so muß der schlesische Tabak der vorzüglichste gewesen sein, da die letzte Sorte mit 17 Thlr. bezahlt wurde; in der Rheinprovinz wurden 14 Thlr., in Posen 13 Thlr., in Westfalen 12 Thlr., in Hessen-Nassau 11½ Thlr. erzielt.

Berlin, 14. Oct. [Der Stat. — Die Kreisordnung. — Die Canalisation. — Die Bau- und Straßenpolizei.] Der augenblickliche Stand der Stat.-Angelegenheit läßt es kaum als wahrscheinlich erachten, dieselben in den nun noch verbleibenden 8 Tagen so zu fördern, um dem Abgeordnetenhaus diese Vorlage, wie es bis dahin angenommen wurde, schon in der ersten Sitzung unterbreiten zu können. Ueberhaupt gewinnt es den Anschein, als ob die Einbringung der hauptsächlichsten Vorlagen für die Session noch einige Zeit bis zu ihrer Fertigstellung nöthig haben möchte. Das Herrenhaus wird zunächst seine ganze Kraft den Kreisordnungsberatungen zuwenden müssen. Das Abgeordnetenhaus hat in den ersten Tagen nach Wiederaufnahme der Arbeiten noch vollauf zu thun, um ältere Arbeiten, welche sich auf den Staatshaushalt beziehen, beginnen können und es ist dann noch immer gegründete Aussicht vorhanden, nach Abschluß der Regierung den Staatshaushalt-Stat pro 1873 vor Ablauf des gegenwärtigen Staatshaushalts zum Abschluß zu bringen. — Die äußerste Rechte des Herrenhauses, welche mit dem Referenten der Commission für die Verwerfung der Kreisordnung ist, hat alle Mitglieder des Hauses, welche ihre Ansicht theilen, bewegen, pünktlich und zahlreich bei den Beratungen zu erscheinen; hoffentlich werden die Freunde der Vorlage im Herrenhaus den Gegnern derselben nicht nachstehen wollen und in dieser so wichtigen Frage nicht wie dies allerdings sonst schon zu beklagen war, durch lauen Besuch der Sitzungen, namentlich bei wichtigen Abstimmungen das Feld räumen. Uebrigens ist auch die Stadt Berlin im Herrenhaus augenblicklich nicht vertreten, da der frühere Referent Stadtrath Wilkens aus dem Magistrat ausgeschieden ist. Bis heute war dem Letzteren eine Aufforderung zum Vorlage eines Berichtes noch nicht zugegangen. Zweifelslos wird die Wahl auf den Oberbürgermeister Hübner fallen, welcher bekanntlich bis zu seiner Berufung nach Berlin die Stadt Breslau im Herrenhaus vertreten und sich dort als Commissionsmitglied in vielen wichtigen Fragen verdient gemacht hatte. — Am nächsten Mittwoch wird sich der Magistrat in außerordentlicher Sitzung mit der Canalisationsfrage beschäftigen, um diese Angelegenheit alsbald an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen zu lassen. Im Magistrat ist man der Canalisation durchaus zugethan; schwierig wird nur die Frage bleiben, wie weit man mit der zwangsweisen Einführung vorgehen kann, wie sie in Danzig allerdings durchgeführt ist. Die zunächst beabsichtigte Canalisation nach einem Radicalsyst. wird bis zu ihrer Fertigstellung einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren und einen Kostenaufwand von 1,800,000 Thalern erfordern. Die gesammte Canalisation Berlins wird die Summe von 10 bis 11 Millionen Thalern erheischen. — Die Beratungen, welche seit einiger Zeit im Handelsministerium zwischen Bevollmächtigten desselben, dem Polizei-Präsidenten und dem Oberbürgermeister von Berlin wegen Uebertragung der Bau- und Straßen-Polizei an den Magistrat stattfinden, bieten augenblicklich noch wenig Aussicht auf erwünschte Resultate. Es werden namentlich seitens des Ministeriums Bedenken gegen die Abgrenzung der Competenzen geltend gemacht. Vorläufig ist übrigens die Rede davon, die Straßen-Polizei bedeutend zu reformiren und zwar in einer Weise, welche nicht nur Berlin, sondern den gesammten großen Städten der Monarchie zu Gute kommen werde.

D.R.C. [Der bisherige Staatssecretär Herr v. Thile] hat nunmehr seine Thätigkeit beim auswärtigen Amte gänzlich eingestellt. Am Sonntagabend gab derselbe in seiner Wohnung seinen bisherigen Kollegen und den ihm untergestellten höheren Beamten ein glänzendes Abschiedsdiner. Letztere haben, wie wir hören, unter sich eine Versammlung veranstaltet, um Herrn v. Thile ein Ehrengeschenk zu überreichen.

D.R.C. [Die Regierung und die bischöfliche Denkschrift.] Ueber die Stellung, welche die Regierungen und namentlich die preussische Regierung, die ja hauptsächlich hierbei betroffen wird, der Denkschrift gegenüber einzunehmen gedenkt, welche die Bischöfe in Fulda bei ihrer letzten Zusammenkunft unterzeichnet haben, sind die verschiedensten Ansichten verbreitet. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir uns dahin aussprechen, daß die Regierung als solche gegen die Denkschrift selbst und ihre Unterzeichner nichts zu unternehmen für gut befinden wird. Was in dieser Angelegenheit nocherner geschehen kann und geschehen wird, das ist und bleibt allein der Gesetzgebung vorbehalten. Die Verhältnisse zwischen der Staatsregierung und der katholischen Kirche sind nun einmal derart, daß, um nicht das Gefühl der Ultramontanen über Vergewaltigung in noch höherem Maße zu vermehren, es am gerathensten ist, auf dem Wege der Gesetzgebung die genaue Grenze zu ziehen, bis zu welcher hierarchische Ueberhebung und jesuitische Sylbenstecherei zu gehen wagen dürfen und es wird dann Sache des Strafrichters sein, die Autorität der Staats-Regierung zu schützen und Ueberschreitungen, sie mögen zur Last fallen wem sie wollen, zu ahnden. — Anders verhält es sich dagegen mit den Agitationen der Ultramontanen auf dem Gebiete des Vereinswesens, mit den jetzt in Scene gesetzten Wanderversammlungen der infallibilistisch-gesinnten Katholiken. Hier bestehen bereits ganz bestimmte abgegrenzte Verhältnisse, und Ueberschreitungen der Teilnehmer an diesen Versammlungen unterliegen den Gesetzen, denen sich sowohl die Führer dieser Agitationen, die Herren Windthorst, Wallendorf und Consorten zu unterwerfen haben, als auch deren Stützen, welche sie in dem höheren Beamtenstande gefunden haben. Mögen jene Herren nicht vergessen, daß der Schutz, welchen ihnen die Verfassung für ihre Reden in den Land- und Reichstagen gewährt, für die Aeußerungen nicht besteht, die sie vom Stapel zu lassen in den Versammlungen für gut befinden.

[Lichtenstein-Baduz und die Spielbanken.] Die aus Deutschland vertriebenen Spielpächter haben jetzt ein Auge auf Baduz geworfen, die Hauptstadt des Duodez-Fürstenthums Lichtenstein, das in glücklicher Vergessenheit alle politischen Krisen überwunden und seine Souveränität gerettet hat. Unterhandlungen um eine Concession sind angeknüpft, die nicht ohne Aussicht sein sollen. Wir hätten dann ein deutsches Seitenstück zu Monaco. Der Fürst ist souverain und man wird ihn darum noch nicht mediatisiren, wenn er Spielbanken ein Ayl verschafft. Dem Ländchen würde als Preis eine Eisenbahn von Feldkirch mit Fortsetzung nach dem nahegelegenen und vielbesuchten Bade Ragaz geboten! Das Geschäft verträgt solche Liberalität.

[Grünberg.] Am Mittwoch Abend verstarb hieselbst der seit dem deutsch-französischen Kriege wohl über die Grenzen Europas hinaus bekannt gewordene ehemalige Koch Hr. Grünberg, Erfinder der Erbswürst, im Alter von 53 Jahren.

Dresden, 12. Oct. [Der Kronprinz.] wird sich mit dem Herzog von Braunschweig am 15. d. Mts. zur Abhaltung von Jagden von hier nach Sibyllenort begeben.

## Oesterreich.

Wien, 14. Oct. [Die Kaiserin] wird übermorgen Nachmittag von Jsch hier eintreffen. — Der deutsche Botschafter Gen.-Leutnant v. Schweinitz hat einen mehrwöchentlichen Urlaub angetreten und sich zunächst nach England begeben. — Der kaiserliche Commissar bei der Nationalbank, Hofrath Schöten, ist nach Pest berufen und dahin abgegangen.

Pest, 14. Oct. [Die nächste Plenarsitzung] der Reichsraths-Delegation ist auf den 22. d. M. festgesetzt.

## Frankreich.

\* Paris, 12. October. [Protest des Prinzen Napoleon gegen seine Ausweisung.] Vor seiner Abreise nach Millemont sandte der Prinz Napoleon folgendes Schreiben an den Präsidenten der National-Versammlung:

Millemont (Seine-et-Oise), 12. Octbr.  
Eine Rechtsverletzung ist gegen meine Person begangen worden; ich bin das Opfer eines Mißbrauchs der Gewalt; ich bringe die Sache vor die competenten Behörden Frankreichs, und ich wende mich an Sie, als den Präsidenten der National-Versammlung und der Permanenz-Commission, da ich überzeugt bin, daß ungeachtet der entgegengesetzten Meinungen, des politischen Hasses sich ein Gefühl der Gerechtigkeit vorfinden wird, welches man vor einer französischen Kammer nicht vergeblich anruft. Hier die Thatfachen: Französischer Bürger, im vollen Besitz meiner bürgerlichen und politischen Rechte, 1871 zum Generalrath eines Departements, Corsica, ernannt, und mich damals im Auslande befindend, wollte ich die Gesellschaft gewissenhaft achten; da die Basse in Frankreich seit der Revolution vom 4. September (sie sind es seit dem Ausbruch des Krieges) wieder eingeführt sind, so wandte ich mich an die französische Behörde, an den General-Consul in Genf, welche Stadt in der Nähe meines Aufenthaltsortes liegt. Dieser Beamte erwiderte, daß er mir keinen Paß ausfertigen könne, ohne an seine Regierung zu berichten, und einige Tage später setzte er mich in Kenntniß, daß er ermächtigt wäre, mir einen Paß zu geben, der die Worte trug: „Gut für die Reise nach Frankreich, auf Befehl der Regierung am 15. October 1871 ausgestellt und gültig für ein Jahr.“ Ich werde nicht an die kindischen Verfolgungen erinnern, deren Gegenstand ich in Corsica war, denn sie gingen nicht bis zur Verletzung des Gesetzes in meiner Person. Da die Gültigkeitsklärung meiner Wahl Schwierigkeiten ergeben konnte, so wollte ich nicht der Vorwand zu Unruhen sein und ich reichte meine Entlassung ein. Dieses Jahr wählten mich meine Mitbürger wieder; meine Wahl wurde ohne Widerspruch für gültig erklärt. Da ich mich als thatächlich und von Rechts wegen mit einem Mandat des allgemeinen Stimmrechts betraut fand, so mußte ich glauben, daß die Regierung mir meine bürgerlichen und politischen Rechte nicht bestreiten werde. Seit einigen Monaten bin ich mehrere Male durch Frankreich, namentlich durch Lille, Calais, Chambery, Dijon, Grenoble und Marseille gereist, und ich hatte die Fürsorge, jedes Mal meinen Paß mit sich zu lassen, wenn ich vom Auslande nach Frankreich kam. Dieses Schriftstück trägt die Visa der französischen diplomatischen Agenten von Turin, Brüssel und London; niemals stieß ich auf die geringsten Schwierigkeiten bei meinen verschiedenen Reisen in Frankreich, welche nicht der Vorwand irgend einer Unordnung waren. Voll Vertrauen in mein von der Regierung anerkanntes Recht, von dem ich verschiedene Male Gebrauch gemacht, verließ ich am 8. October Neuchâtel und kehrte mit meiner Frau über Pontarlier, wo ich meinen Paß unter meinem Namen vorzeigte, nach Frankreich zurück. Dieser Paß wurde von den Grenzbehörden nicht, wie ich begab mich zu einem meiner Freunde auf dem Lande, wohin mich Privatinteressen, namentlich die Wahl einer Unterrichts-Anstalt berief, um meine

Söhne in ihrem Vaterlande erziehen zu lassen, damit sie es kennen und lieben lernen, einerlei, welches seine Regierung sein mag. Da ich, besonders meiner jungen Frau halber, die Unbequemlichkeiten vermeiden wollte, welche aus einem Aufenthalte in Paris entspringen könnten, so gingen wir direct auf das Land im Seine- und Oise-Departement. Ich lebte dort seit drei Tagen sehr ruhig und hatte nur einige persönliche Freunde gesehen, als sich gestern der Cabinetchef des Polizeipräsidenten einstellte, der mir einen Befehl des Ministers des Innern vorlegte, den ich hier mittheile: (Folgt die bereits oben erwähnte Verordnung Calmon's.) Hier die Antwort, welche ich diesem Beamten gab, der unteren Gesetzen gemäß nicht das geringste Recht hat, um einen Befehl oder Ausweisungsbefehl auszuführen: „Der Prinz Napoleon hat von der Abschrift der Verordnung des Ministers des Innern vom 10. October, die ihm Herr Batinot überreicht, Kenntniß genommen. Auf diese Notification antwortet der Prinz: Der Prinz hat sich mit der Prinzessin Clotilde, seiner Frau, nach Millemont begeben, um einer Einladung des Herrn Maurice Richard, seines Freundes, zu entsprechen, und um zu gleicher Zeit für Privatinteressen als Familienvater zu sorgen. Der Prinz ist französischer Bürger. Kein Gesetz hat seine Verbannung ausgesprochen, ist gegen ihn oder die Prinzessin intervenirt. Der Prinz ist Mitglied des Generalraths eines der französischen Departements: er übt diese Functionen aus. Der Prinz und die Prinzessin haben an der Grenze ihre regelmäßigen von den competenten Behörden ausgestellten Pässe vorgezeigt. Der Paß des Prinzen (folgen die Daten der Pässe). Es ist also ein Irrthum und gegen alle Angaben des Documentis, wenn die Verordnung des Ministers des Innern behauptet, daß der an der Grenze vorgezeigte Paß nur für einen bestimmten Fall ausgestellt worden sei. Unter diesen Bedingungen widersteht sich der Prinz der Ausführung der gegen seine Person erlassenen Verordnung und erklärt, daß er die Sache sofort vor die gerichtliche Behörde, Wächterin der Gesetze des Landes, bringen wird, um seiner persönlichen Freiheit Achtung zu verschaffen. Der Prinz fordert Herrn Batinot auf, von dieser Antwort der Regierung sofort Kenntniß zu geben. Unterzeichnet: Napoleon (Jerome).“ Heute Morgen verabschiedete mich ein von Gendarmen begleiteter Polizeicommissar, und zwingt uns, meine Frau und mich, in einen Eisenabzug zu steigen, der uns, so heißt es, nach der Grenze bringen soll. Es ist meine Pflicht, die wenigen Augenblicke Zeit, welche mir die Agenten des Herrn Präsidenten der Republik lassen, zu benutzen, um eine Protestation zu formuliren und sie Ihnen zuzuleben. Sie sehen es, Herr Präsident, ein französischer Bürger, der unter keinem Ausnahmegeetze steht, wird gewaltsam verhaftet, ein Generalrath wird verhindert, in Frankreich sich aufzuhalten; mit Einem Worte, ich bin das Opfer eines gefäßig willkürlichen Aktes. Außerdem bin ich im Recht, wie ich auch zu dem Agenten des Ministers des Innern gesagt habe, zu glauben, daß ich in eine Falle gelockt worden bin, weil die Regierung mir ein regelmäßiges Schriftstück, um nach Frankreich zurückzukehren, eingehändigt hat, und sie immer von ihren Agenten von meinem Aufenthalt in Frankreich unterrichtet worden ist. Meine vollständig gemäße politische Haltung hat die Regierung nie den geringsten Vorwand zu Agitationen gegeben, und ich fordere Sie heraus, gegen mich eine Beschwerde vorzubringen, welche unter irgend ein Gesetz fällt. In Wirklichkeit ist der Name Napoleon, den zu tragen ich die Ehre habe, das einzige Verbrechen in den Augen der Regierung. Wenn ich Beweismittel zu Gunsten der persönlichen Freiheit aufsuchen wollte, so würden sie in den Reden des Herrn Präsidenten der Republik und aller seiner Minister in Fülle vorhanden sein. Heute, wo sie im Besitze der Gewalt sind, verleugnen sie die Principien der Achtung vor dem Rechte, sie schließen sich der radicalen Politik an, die von einem Delegirten in Tours und Bordeaux in Anwendung gebracht und in einer kürzlich von ihm gehaltenen Rede auf so cynische Weise auseinandergelegt wurde; es gehört der Verurteilung an, zu sehen, ob sie die Verantwortlichkeit der Verbrechen theilen will. Ich reise mit einer Bitterkeit ab, die ich nicht verheimlichen kann, und ich constatire, daß meine von den Meutern des 4. Septembers, welche ihre freiwillige Abreise erhen, respectirte Frau heute Frankreich zwischen Gendarmen der conservativen Republik verläßt. Obgleich entwaffnet, wie ich bin, der Gewalt nachgebend, rufe ich, wie immer, den einzigen Souverain von uns Allen, das allgemeine Stimmrecht und den nationalen Willen an. Genehmigen Sie etc. Napoleon (Jerome).

## Rußland.

E. Petersburg, 10. October. [Die Vernachlässigung der russischen Sprache. — Die Militärdienstpflicht. — Ein preussisch-russischer Soldat.] Ihre diesseitigen Correspondenzen haben den Sprachenkampf, wo er auch immer im russischen Reiche auftreten mochte, in Sonderheit mit Bezug auf die Ostereprovinzen stets von dem Standpunkte aus beleuchtet, daß das praktische Bedürfnis eine allgemeine Verbreitung der russischen Sprache auf dem humanen Wege des Unterrichts und der Volksbildung überhaupt erforderlich mache. Dies ist auch der gegenwärtige Standpunkt der Regierung. Um so auffälliger erscheint eine eigenthümliche, hartnäckige Opposition, welche sich hier in letzter Zeit von einer Seite geltend gemacht hat, von der man es am wenigsten erwartet hätte — von Seiten der höchsten geistlichen Instanz — dem heiligen Synod. Die hiesige geistliche Alexander-Newski-Schule, welche ihre Zöglinge für das geistliche Seminar vorbereiten soll, hat seit 1868 in ihrem Lehrplan für die vierte (oberste) Klasse 9 Stunden für das Griechische, 4 für das Lateinische und nur 1 Stunde für das Russische. In Folge dessen gelangen die Schüler mit der Beendigung des Cursus nicht einmal zu einer genügenden orthographischen Kenntniß ihrer Muttersprache, und von 80 entlassenen Zöglingen konnte auf Grund dessen 1869 zwei Drittel nicht in das Seminar aufgenommen werden. Die Zurückgewiesen wurden dadurch nicht nur der Möglichkeit beraubt, den gewählten Lebensberuf zu verfolgen, sondern auch überhaupt in eine sehr trübe Lage versetzt, da sie ein anderes Unterkommen bei der mangelnden Sprachkenntniß nicht zu gewinnen vermochten, um so bedauerlicher, weil sie meist Waisen und Kinder armer Eltern sind. Die Deputirten der Geistlichkeit baten um Abhilfe. Aber trotz der betreffenden Vorstellung des Metropolitens beim h. Synod, erfolgte keine Entscheidung, so daß 1870 von 75 austretenden Zöglingen wieder 40 und 1871 von 49 27 nicht in das Seminar zugelassen wurden. Der vor Kurzem zusammengetretenen Petersburger Synodal-Versammlung für Schulangelegenheiten ist nun endlich das bezügliche Gutachten des Synodal-Unterrichts-Comité's zugestellt worden. Es erklärt, daß nach den bestehenden und durch Erfahrung bestätigten Grundsätzen das Studium der klassischen Sprachen als das beste Mittel zur normalen Ausbildung der Jugend anzunehmen sei und ein vollständiger Unterricht in diesen Sprachen durch die Uebersetzungen ins Russische auch zugleich die Uebungen der Muttersprache einschleße, so lägen die mangelhaften Kenntnisse in der russischen Sprache, auf welche die Versammlung der Geistlichen des Petersburger Schulbezirks hingewiesen, aller Wahrscheinlichkeit nach nur in der Mangelhaftigkeit des Unterrichts in den alten Sprachen, und deshalb sei der Antrag auf Vermehrung der Unterrichtsstunden in der russischen Sprache zurückzuweisen. Gegen den Vordersatz ist vom pädagogischen Gesichtspunkte nichts einzuwenden. Aber aber irgend wo, wo jener Grundsat gilt, die mit dem Unterricht in den klassischen Sprachen verbundene Uebung in der Muttersprache als genügend erachtet? Sie unterstützt und fördert, aber kann allein nie genügen, am wenigsten, wenn, wie hier, noch ein so wichtiger Hilfsgegenstand wie die vaterländische Geschichte im Lehrplan gänzlich fehlt. Die hartnäckige Einseitigkeit der maßgebenden Instanz muß



gar sehr bestreben. Erscheint der Streit in erster Linie auch nur als ein pädagogischer, so muß derselbe erklärlicher Weise, je länger je mehr, social-politische Konsequenzen haben. Nachdem das berechtigste Bestreben der Regierung in Sachen der russischen Sprache seitens der fremden Nationalitäten erfreulicher Weise jetzt richtig gewürdigt und anerkannt zu werden beginnt, muß diese Opposition im russischen Lager selbst überaus überraschend erscheinen. Zwar erklärt sich das Unterrichts-Comité des h. Synods geneigt, für die nicht in das Seminar aufgenommenen Schüler an der Alexander-Newski-Schule eine fünfte Klasse mit vier Stunden Algebra und Geometrie, vier allgemeine russische Geschichte, fünf Naturgeschichte und zwei deutsche und französische Sprache einzurichten — indes dem Hauptübel wird dadurch nicht abgeholfen.

Die Arbeiten der Commission zur Organisation der Militärdienstpflicht nähern sich ihrem Abschluß. Nachdem die Bestimmungen für das Landheer zu Ende geführt worden — was darüber Wichtiges verlaute, habe ich Ihnen s. Z. mitgeteilt, — ist jetzt auch der Entwurf des Reglements für die Aushebung zum Flottendienst nach dem Princip der allgemeinen Wehrpflicht angenommen worden. Dabei ist die Zulässigkeit von Freiwilligen mit einer durch höhere Bildung bedingten verkürzten Dienstzeit als für die Marine ungeeignet nicht acceptiert worden, weil keine allgemeine Bildung die für die Flotte erforderliche praktische und theoretische Vorbildung gewähren könne. Die Freiwilligen der Marine müssen zunächst ein bestimmtes Examen ablegen, 17—19 Jahre alt und kräftigen Körpers sein. Nach dreijähriger Dienstzeit und der Theilnahme an der sechsmonatigen Seecampagne werden sie dann zum Garde-Marine- oder Conducteur-Examen zugelassen und verbleiben dann für die Dauer der allgemeinen neunjährigen Dienstzeit in der Flotten-Reserve. Sobald die Commission nun noch das Reglement für die Militärgeprüft haben wird, bleibt nur noch die Zusammenstellung der einzelnen Gruppen des Wehrgegesetzes-Entwurfs zu einem Ganzen übrig, worauf derselbe dann an den Reichsrath zur letzten Begutachtung gelangt. Eine vielfach ventilirte, mit der Militärreorganisation Hand in Hand gehende Frage ist die von der Casernierung der Truppen. Es fehlt von jeher an der erforderlichen Zahl der Casernen im Reich. Da ist denn die Mittheilung von nicht geringem Interesse, daß der bekannte Eisenbahnerbauers Poljakow der Regierung das Anerbieten gemacht haben soll, auf eigene Kosten die für sämtliche Truppen im europäischen Rußland nöthigen Casernen zu erbauen, falls ihm auf 45 Jahre alle Summen überlassen werden, welche jetzt die Landesherrschaft und die Städte für die Einquartierungen zahlen. Die Betheiligung der Privatindustrie an der Wehrhaftmachung der Armee ist längst principiell und auch thatsächlich zugelassen worden, so daß die Entscheidung über ein derartiges Angebot wohl lediglich von der Beantwortung der Frage abhängen würde, ob dasselbe für die Regierung und das Land vorthellhaft ist.

Bei der letzten Rekrutenaushebung ist u. A. auch ein preussischer Soldat aus dem letzten französischen Kriege eingezogen worden, und zwar in vollständig geselliger Weise. Der russische Unterthan Thomas Kowalski hatte sich 1870 freiwillig in die preussische Armee eintreiben lassen und war nach Beendigung des Krieges nach Rußland zurückgekehrt. Durch seine Theilnahme an dem Kampfe zweier fremder Mächte wurde er von der russischen Dienstpflicht nicht befreit, und da ihn das Loos traf, so ist er in das 48. Reserve-Bataillon in Schuja eingestellt worden. Ja, er hat nach dem Gesetze nicht einmal das Anrecht darauf, daß der Feldzug in seine Dienstliste eingetragen und ihm überhaupt der Dienst in der preussischen Armee angerechnet werde. Er hat jedoch die Genehmigung erhalten, die deutsche Kriegsdienstmünze für 1870—71 zu tragen.

## Amerika.

New-York. [Greely] hat Alles und mehr als das gethan, was in seiner Macht stand, um seine Wahl zu sichern. Die Reise über eine Strecke von 3000 Meilen nebst 200 Reden ist keine Kleinigkeit. Wir haben einen Auszug der Reden, die er am ersten Reisetage gehalten, gegeben und denken nicht daran die weiteren Reden mitzutheilen. Eine jedoch verdient Erwähnung und zwar weil in ihr nicht von „Amnestie, Veröhnung, Gnade“ u. s. w., sondern von profanischen Finanzen die Rede war. In Cincinnati hielt er eine Ansprache an den Präsidenten und die Gentlemen von der Handelskammer. Er sei mit der finanziellen und commerciellen Lage und den Aussichten des Landes nicht sehr zufrieden. Er könne zwar nicht leugnen, daß Amerika gute Ernten gehabt habe, eines reichen Verkehrs sich erfreue und in der Handelswelt mächtig dastehende, aber es gäbe auch Elemente der Schwäche, die nicht mit Stillschweigen übergangen werden dürfen. Seit zwei bis drei Jahren seien viel öfter Schwierigkeiten durch das Treiben der „Rings“ entstanden als jemals zuvor. Das seien seiner Ansicht nach Zeichen von Schwäche, wenn nicht von Krankheit. Allerdings komme dann immer der Finanzminister zur Hilfe und ordne einen Ankauf von Bonds und Verkauf von Gold an. Solche Hilfe von oben dürfe aber nicht notwendig sein. Die Geschäftsleute und Handelskammern sollten die Sache in die Hand nehmen, eine genaue Untersuchung anstellen, Mittel zur Abhilfe angeben, und sie würden die beste Unterstützung bei der Presse wie beim Volke finden.

Ueber die Aufnahme, die Greely auf seiner Reise gefunden hat, lauten die Nachrichten so verschieden, daß unmöglich die Wahrheit, wenn auch nur annähernd festgestellt werden kann. Wo ein Correspondent eines Greeleyschen Blattes eine Zuhörerschaft von 2000 sieht, will der böswillige Correspondent der „Newyorker Times“ beispielsweise durchaus nur 150 zusammenzählen. Wo das jarte Ohr eines Greeleyschen Correspondenten von dem donnernden Beifall der Menge betäubt wird, berichtet der schwermüthige Grantianer von einem nur mäßigen Applaus, und so sieht jeder durch stark gefärbte Gläser, der eine schwarz, wo der andere weiß sieht, der eine trunke Negerbande, wo der andere die schöngeformten Köpfe einer Zuhörerschaft gebildeter Angelsachsen sieht. Wenn nun die Vertreter der Presse so „sub-jektiv“ mit der Wahrheit sind und einen Federkrieg mit eben nicht manierlichen Worten führen, was Wunder, wenn der Pöbel einen Schritt weiter, vom Wort zum Faust- und Waffenkampf geht? Ein Kabeltelegramm vom 8. meldet wieder von einem Kampfe, der zwischen Negern und Demokraten in Cincinnati stattgefunden hat. Pistolenschüsse wurden gewechselt, mehrere, darunter zwei Weiße, ernstlich verwundet. Daß Keiner getödtet worden ist, darf keiner Partei zum Verdienste angerechnet werden; dies hat sicherlich nicht in ihrer Absicht gelegen.

Eine zweite indianische Delegation der verschiedenen Sioux-Stämme hält sich gegenwärtig in Washington auf und war zu einer Audienz bei dem Minister des Innern und dem Commissar für Indien zugelassen. Die Indianer beklagen sich über Einfälle der Weißen in ihr Gebiet und verlangen wie gewöhnlich einige Geschenke, indem sie zu verstehen geben, daß sie arm seien. Die Beamten machten darauf die gewöhnlichen Redensarten und versprachen, alle ihre Forderungen dem „Großen Vater“, der ihnen ohne Zweifel helfen werde, vorzulegen. Der „Große Vater“ aber werde auch, das versprechen die Beamten nicht hinzuzufügen, Soldaten hinter ihnen verschicken, wenn sie etwa ihre Bogen und Pfeile gegen die Weißen richten sollten.

## Afrika.

Kairo, 2. Octbr. [Der Vizekönig] hat in den Beziehungen zu Abyssinien noch keinen Schritt weiter gethan, obgleich kürzlich ein

Abgesandter des Fürsten Kassa in Kairo eingetroffen und sich sofort dem vizeköniglichen Hofe vorgestellt hatte, um Aufschluß über Egyptens Absichten zu fordern. Die ihm vom Vizekönig persönlich gewordene Aufklärung lautete dahin: daß man nicht im entferntesten daran denke, Abyssinien zu erobern und mit der Concentrirung der Truppen bloß Sicherung der Grenze gegen feindliche Einfälle bezwecke. Diese Antwort wäre wohl im Stande, den Fürsten Kassa zu beruhigen, wenn nicht 4000 ägyptische Soldaten in das Land der Bogos geschickt worden wären — ein Umstand, der den König Kassa bewog, an 15,000 Mann zu sammeln, die in fünf gleich starken Abtheilungen die Aufgäbe haben, Adoa, Astoi, Aby-Abbo, Damblas und El Hamassin zu besetzen. Mag aber schließendlich mit Gewalt gegen Abyssinien vorgegangen werden oder nicht, der Veranlasser hiervon bleibt allemal Rubar Pascha, auf dessen Betrieb dem bekannten Berner Münzinger die Statthalterhaft in Massaua und Suakin übertragen wurde. Obgleich nun die Orts- und Sprachkenntnis dieses Mannes, die Ueberlegenheit der ägyptischen Truppen, theilweise auch die jetzige Jahreszeit, die Eroberung Abyssiniens begünstigen würden, so thürmen sich derselben andererseits doch wieder schwere Hindernisse entgegen, wie die Bodenbeschaffenheit des Landes, der Patriotismus der Eingebornen und deren Freiheitsliebe. Man denkt hier jetzt allgemein daran, wie es vor beiläufig drei Jahrhunderten den Türken von Adele ergangen war, da sie Abyssinien zu erobern gedachten. Anfanglich erfogten sie unter der Führung des eben so verwegenen als geschickten Garnier glänzende Siege, bis endlich im Entscheidungskampfe Garnier mit fast all den Seinigen erschlagen wurde. Den deutlichsten Beweis, wie schwer Abyssinien zu behaupten ist, haben die Engländer geliefert, die sich, wie bekannt, nach dem Tode Theodors fast wie Besiegte, nicht wie Sieger, aus jenen Gegenden zurückgezogen hatten.

(A. A. Ztg.)

## Provincial-Beitung.

X. Breslau, 15. October. [Graf Dohna-Rosenau †] Am 13. d. starb zu Wiesbaden nach schweren Leiden der Graf zu Dohna-Rosenau, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses (für Breslau).

„[Feuer.] In der zu Herdain gehörigen L. Eichorienfabrik brach auf einen noch unermittelte Weise heute Nacht Feuer aus. Bei Anbruch der Feuerwehre war ein Theil des Daches bereits von den Flammen vollständig eingebrannt. Doch gelang es noch das Feuer auf den Dachstuhl zu beschränken. Uebrigens war schon in den Monaten Februar und März d. J. auf demselben Grundstück Feuer ausgebrochen.

C. Breslau, 14. October. [Schwurgericht.] Wie bereits im Vorbericht gemeldet, führt in der heut eröffneten Siebenten Schwurgerichtsperiode Herr Appellationsgerichtsrath Wengel den Vorsitz, während als Beisitzer fungiren die Herren Stadtgerichtsräthe Wendt, Kern I., Siegert und Gerichtsassessor Dr. Strahl.

Als Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft war Herr Staatsanwalt Feder, als Verteidiger Herr M. Leonhard erschienen.

Den Reigen der armen Sünder eröffnete ein zwar noch jugendlicher aber doch sehr würdiger Repräsentant der edlen Spitzbubenwelt, der 20jährige Laufburche Hugo Hertel von hier. Wenn derselbe, ein Mensch von angenehmen Aeußeren und offenen einnehmenden Gesichtszügen, bis lang noch nicht im Stande gewesen, ein ordentliches ehrliches Gewerbe zu erlernen, daß seinen Mann ernährt, so trifft ihn hierfür sicherlich nicht die mindelste Schuld, vielmehr ist der Grund lediglich in den eigenthümlichen Einrichtungen unseres modernen Staates zu suchen, durch welche der Bedauernswerthe zu verschiedenen Zeiten in seiner Entwicklung unterbrochen, ja sogar für längere Zeit seiner persönlichen Freiheit beraubt wurde. Der hoffnungsvolle Jüngling hat nämlich frühzeitig ein bedeutendes Fassungs-Vermögen entwickelt, welches er, da sein eignes armseliges Dasein zu klein war, auf Gegenstände der unfreien Außenwelt anwenden mußte, welche einer anderen Eigenthumsphäre untergeordnet waren; durch irgend einen unseligen noch nicht aufgeklärten Irrthum aber wurde dies als Stehlen aufgefaßt und Hertel mußte sitzen. Wenn er dann genug gefessen hatte, stand er auf, ging hin und stahl von Neuem, bis er es denn endlich bei seiner letzten Verurteilung zu der ganz erldlichen Strafe von zwei Jahr sechs Monaten Zuchthaus gebracht hatte. Nach seiner Entlassung fuhr er natürlich in seinen praktischen national-ökonomischen Studien fort und entpuppte sich endlich als ein zwar nicht verwegen, aber doch ungemein gefährlicher Verbrecher, als sogenannter „Schlafstellen-dieb“. Er miethe sich irgendwo auf Schlafstelle ein und verschwand nach einigen Tagen, aber nie allein, sondern mit ihm Kleidungsstücke, Geld u. c., überhaupt wessen er nur habhaft werden konnte. Auf diese Weise hat er bald nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause in den Monaten Mai und Juni d. J. drei schwere Diebstähle begangen, wegen deren er sich heute zu verantworten hat.

Mitte Mai hatte er sich bei der Samiebegelienmittwe Schwarz hier selbst eingemietet, jedoch schon nach einigen Tagen den Entschluß ausgesprochen, das Logis zu verlassen und dies auch gethan. Einmal Tages kehrte er jedoch zurück, um, wie er angiebt, sich Sachen abzuholen, welche er daselbst zurückgelassen. Da er jedoch die Wohnung verschlossen fand, stieg er eine Treppe höher und ließ von einer daselbst wohnenden Frau Janke einen Wirttschüssel, mit welchem es ihm gelang, die Wohnungsthür zu öffnen. Er drang in die Wohnung ein und nahm aus einer unverschlossenen Kommode ein Säckchen mit 2 Thlr. 20 Sgr., das geringe Baarvermögen seiner Wirtin, sowie einige Kleidungsstücke von geringem Werthe mit sich. Die Besohlene merkte bald nach ihrer Rückkehr den Verlust und schöpfe aus der Erzählung der Frau Janke auch die richtige Vermuthung, daß Hertel der Thäter sei. Nach Verlauf mehrerer Tage traf sie endlich in der Nähe des Neumarktes den ehemaligen Schlafburchen, welchen sie seiner noblen Equipirung halber nur schwer wiedererkannte. Sie hielt ihn an und warf ihm seine schlechte That vor, aus welcher er auch kein Hehl machte und als Gräuel für den Schaden ihr seinen Ueberzieher gab, wofür die Frau versprach, den Diebstahl nicht zu denunciren. Allein bald darauf mußte sie den Ueberzieher wieder herausgeben, denn auch ihn hatte Hertel gestohlen und zwar bei einer Frau Ritsche hier selbst. Vorher aber hatte er noch einen zweiten Diebstahl ganz in derselben Manier verübt. Er war in ein Haus aus der Uferstraße, woselbst die Schiffersfrau Brendel Schlafstellen vermietet, eingedrungen, hatte bei verschiedenen Hausbewohnern nach einem Schneider gefragt und war dann wieder gesehen worden, wie er das Haus mit einem Bündel unter dem Arme verließ. Die Frau Brendel, welche abwesend war, hatte bei ihrem Weggange die Stube doppelt verschlossen und fand bei ihrer Rückkehr zu ihrem Erstaunen den Schloßriegel nur einmal umgedreht. Sie achtete anfänglich nicht weiter auf diesen Umstand, bis einer ihrer Schlafburchen seine Cigarrentasche, welche in einem im Kleiderschrank hängenden Kiste stecken sollte, vermisste. Jetzt nahmen sie erst wahr, daß aus dem Kleiderschrank, in welchem der Schlafstiel stecken blieb, ein vollständiger Anzug und mehrere Westen und Hosen, alles den Schlafburchen gehörig, entwendet waren. Hertel ist gefänglich, mit einem kleinen Schlüssel, welchen er bei sich trug, die Stubenthür geöffnet und den Diebstahl verübt zu haben.

Endlich hatte sich Hertel bei einer Frau Ritsche eingemietet und wiederum die Schlafstelle schon nach kurzer Zeit wieder verlassen, ohne zurückzukehren. Mehrere Tage nach seiner Entfernung stellte er sich heraus, daß aus einem stets verschlossenen Kleiderschrank ein Winterüberzieher, ein Sommerüberzieher und andere Kleidungsstücke fehlten, welche Eigenthum der beiden Schlafburchen der Ritsche, eines Wäders und eines Dachdeckers-Gesellen waren, von denen der Letztere zur Zeit auswärts arbeitete. Anfanglich dachte Frau Ritsche nicht anders, als daß der Dachbeder bei seiner Abreise seine Sachen und, vielleicht aus Versehen, auch die seines Nebencollegen mitgenommen hätte. Sie bat ihn deshalb brieflich um Aufklärung, welche dahin erfolgte, daß jedenfalls ein Diebstahl vorliegen müsse. Jetzt erst lenkte sich der Verdacht auf Hertel, dessen plötzliches Wegbleiben nunmehr in einem ganz anderen Lichte erschien. Ehe noch Anzeige von dem Vorfall bei der Polizei gemacht worden, gelang es dem Dienstmädchen der Frau Ritsche, den Dieb, welchen sie zufällig auf der Straße traf, zu erwischen und zum Erscheinen in der Ritsche'schen Wohnung zu veranlassen, woselbst er auch den Diebstahl einräumte und es sich herausstellte, daß er die Sachen verlegt und den Ueberzieher der Frau Schwarz gegeben habe. Er bot der p. Ritsche gegen drei Thlr. baares Geld, um die Sachen einzulösen zu können, an, lehnte jedoch, da inzwischen ein Polizeibeamter herbeigekommen war, welcher seine Verhaftung vornahm, jede weitere Auskunft über den Verbleib der Sachen ab.

In der Voruntersuchung war Hertel dahin geständig, daß er den Schrank mit einem Schlüssel, den er bei sich getragen, geöffnet und die Sachen entwendet habe. Während er nun sein Geständnis bezüglich der ersten beiden Diebstähle auch in der mündlichen Verhandlung aufrecht erhielt, widerrief er es bezüglich des dritten Diebstahls soweit es den erschwerenden Umstand betraf. Er behauptete nunmehr, daß er den Schrankschlüssel vom Schlafstielbunde, welches er auf dem Fenster vorgehängen, losgelöst und zwei Tage lang mit sich herumgetragen habe, ehe er den Diebstahl verübte. Als jedoch die p. Ritsche betonte, daß sie den Schlafstielbunde stets verschlossen halte und daß derselbe nur am Tage der Verübung des Diebstahls eine Zeit lang offen dagelegen habe, ändernte der Angeklagte wiederum seine Aussage und gab vor, daß er den Schlüssel erst kurz vor Ausführung des Diebstahls losgelöst und dann wieder am Bunde befestigt habe. Zur Aufklärung dieses Widerspruchs hatte der Angeklagte nur die winzige Entschuldigung, daß er sich vorher versprochen habe. Bei solcher Sachlage hielt der Staatsanwalt auch bei diesem dritten Diebstahl den erschwerenden Umstand für erwiesen und beantragte das Schuldbiß nach dem vollen Umfange der Anklage. Der Verteidiger dagegen führte aus, daß der Nachweis für die Anwendung eines falschen Schlüssels nicht mit der Bestimmtheit geführt sei, daß das einzige wirkliche Beweismittel das Geständnis des Angeklagten in der Voruntersuchung sei, daß dasselbe jedoch nur einen zweifelhaften Werth besäße, da auch heute der Angeklagte, welcher die juristische Tragweite der Anwendung eines Nachschlüssels nicht zu kennen scheint, auch heute auf die erste Frage des Vorstehenden sich ohne Weiteres für völlig schuldig bekannt habe und erst auf weiteres Inquiriren das Begehen der That, wie gesehen, geleugnet habe. Die Geschworenen beantworteten indes unter Ablehnung der mildernden Umstände die gestellten Fragen nach dem Antrage des Staatsanwalts und es wurde der Angeklagte zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe und den Nebenstrafen verurtheilt.

J. P. Aus dem Riesengebirge, 14. October. [Zum „Schlesischen Bädertage.“] Der von Meinerz ausgegangene Aufruf zur Abhaltung eines allgemeinen „Schlesischen Bädertages“ und die an demselben zu erledigenden Fragen, insbesondere die Frage: „Was ist zu thun, um künftig mit Erfolg den südbahnen Bädern Concurrenz zu machen und die schlesischen Bäder mehr in Aufnahme zu bringen?“ — haben auch die Bewohner Warmbrunn's zu lebhaften Erörterungen angeregt und den vom Referenten im Jahre 1868 gegründeten „Verein für das Wohl und die Verschönerung Warmbrunn's und Umgegend“ veranlaßt, seine vor 3 Jahren verfallene Wirksamkeit wieder aufzunehmen und an der Beantwortung obiger Frage sich nach Kräften zu betheiligen. Die Mitglieder erachteten es für unbedingt notwendig, daß besagte Frage nicht einseitig, nicht bloß von den Badedirectionen, sondern auch von den Bewohnern eines jeden Curoortes in sorgfältiger Erwägung gezogen und deren Resultat dem „Bädertage“ zur Prüfung und Berücksichtigung vorgelegt werde. Zu diesem Behuf sind die Mitglieder des genannten Vereins zu einer Versammlung auf Wittmoos den 16. d. Mts. eingeladen worden. Jedenfalls aber dürfte es sich empfehlen, wenn die Badedirectionen nicht für sich allein verhandeln, sondern auch Vertreter der Bewohnerschaft eines jeden Curoortes an ihren Konferenzen theilnehmen lassen; denn nur wenn beide Theile Hand in Hand miteinander gehen, kann ein dauernder Erfolg erzielt werden. Es wäre arge Zuspätkommen, zu glauben, schon allein durch Abänderung resp. Feststellung gleichmächtiger Curoorten, Musikbeiträge, Honorare der Ärzte u. s. w. könne und werde man einen großen Theil jener Mängel, welche bis jetzt für die südbahnen Bäder schwärmen, zum Besuche der schlesischen Bäder anlocken, brauche zugleich aber nicht auch für besseren Comfort in den Gasthäusern und Privatwohnungen, für bessere Unterhaltungen und Vergnügungen der Gäste, selbst nicht für Beseitigung jener Mängel und Uebelstände zu sorgen, über welche zeitlich so viele Klagen geführt wurden. Wir wünschen daher im Interesse Aller, daß in jedem schlesischen Curoorte ein Verein zur Wahrnehmung aller Interessen des Orts — wie in Warmbrunn — gegründet werde, mit dem die betreffende Badedirection gemeinschaftlich conferiren möchte und der ebenfalls Deputierte zum „Schlesischen Bädertage“ senden dürfte. Anderenfalls aber würde eine besondere Zusammenkunft dieser Vereins-Deputierten notwendig sein. Wie wir hören, sollen auch Regierungen und Medicinal-Räthe der Provinz und die Vertreter der Presse zu dem Bädertage eingeladen werden, warum also nicht auch Vertreter der Bewohnerschaft eines jeden Curoortes?

—r. Namslau, 13. Oct. [Die Lehrer-Gehalts-Aufbesserungs-Angelegenheit.] In Folge des in Nr. 467 d. Ztg. abgedruckten Anschreibens des hiesigen Magistrats an mehrere gleich große Communen im Breslauer Regierungsbezirke, die Lehrer-Gehalts-Aufbesserungs-Angelegenheit betreffend, findet in den nächsten Tagen in Breslau eine Zusammenkunft von Vertretern jener Communen statt, in welcher man sich darüber einigen will, ob in einer Collectiv-Vorstellung die l. Regierung, gegenüber der von ihr generell angeordneten umfangreichen Aufbesserung der Gehälter der städtischen Lehrer um eine Ermäßigung dieser Anforderungen — welche für die meisten Communen — unter ihnen auch Namslau — geradezu unerträglich sind, gebeten, oder ob ihr der Antrag unterbreitet werden soll, einen Theil der geforderten Mehrbeträge auf die Staatskasse zu übernehmen. Aus den in Folge jenes Anschreibens des hiesigen Magistrats an denselben ergangenen Antworten der verschiedenen Communen geht übrigens hervor, daß die Gehaltsverhältnisse der Lehrer in mehreren mit Namslau gleich großen und sogar noch größeren Städten weit ungünstiger liegen, als hierorts. Aus diesem Grunde wird man in der eben erwähnten Versammlung der Communal-Vertreter im Allgemeinen wohl die dringende Nothwendigkeit einer den gegenwärtigen Verhältnissen vollkommen entsprechenden Aufbesserung der Lehrer-Gehälter anerkennen müssen, und da kaum zu erwarten steht, daß die k. l. Regierung eine Ermäßigung der von ihr unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse aufgestellten Gehalts-Normen eintreten lassen wird, andererseits aber mehrere Communen nicht in der Lage sein werden, den Anforderungen der k. l. Regierung im vollen Umfange zu entsprechen, so dürfte es sich empfehlen, daß in der beregten Versammlung — was der hiesige Magistrat von vorn herein ebenfalls hätte in Vorschlag bringen müssen, — in erster Reihe, oder noch besser allein, der Antrag an die k. l. Regierung um Uebernahme eines Theils der geforderten Mehrbeträge auf die Staatskasse zur Verabreichung kommt. Denn dieser Antrag entspricht nicht nur den thatsächlichen Verhältnissen, er hat darum auch die meiste Aussicht auf Erfolg, weil die k. l. Regierung bezüglich der Aufbesserung der Gehälter der ländlichen Lehrer mit größter Bereitwilligkeit sehr bedeutende Beiträge auf die Staatskasse übernommen hat. Daß beispielsweise die hiesige Commune nicht im Stande ist, aus eigenen Mitteln die von der k. l. Regierung festgesetzten Lehrergehälter zu zahlen, mögen folgende Zahlen beweisen: Hierorts werden gegenwärtig neben der Einkommen- und Klassensteuer 112½ pCt. Communal-Abgaben erhoben, die pro 1872 eine Einnahme von 4663 Thlr. gewähren. Die finanziellen Verhältnisse der Stadt-Commune Namslau sind (sich jetzt veran, daß künftig zur Befriedigung aller erforderlichen Bedürfnisse, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die Lehrer-Gehälter ein weit höherer Procentfuß an Communal-Abgaben wird erhoben werden müssen. Die gegenwärtig zur Erhebung gelangenden Communal-Abgaben pr. 4663 Thlr. reichen zur Befriedigung der städtischen Lehrer, wozu jetzt bereits 4779 Thlr. erforderlich sind, nicht aus. Nach der Anordnung der Regierung aber werden künftig 1526 Thlr. mehr, also 6305 Thlr. an Lehrergehälter erforderlich sein. — Schließlich sei noch hervorgehoben, daß die Stadtverordneten-Versammlung in Oels — wie man aus dem Referate des hiesigen Correspondenten in Nr. 443 d. Ztg. anzunehmen versucht war — keineswegs ohne Weiteres für die Erhöhung der Lehrer-Gehälter in der von der Regierung angeordneten Weise gestimmt hat. Nach dem dem hiesigen Magistrat zugegangenen Mittheilung hat man es in jener Stadtverordneten-Versammlung vielmehr bei einer, in einer früheren Sitzung, jedoch unter der Bedingung einer Staatssubvention, abgegebenen, der Regierungs-Anordnung zustimmenden Erklärung belassen.

L. Bries, 11. Octbr. [Schiedsgericht. — Marktstandgeb.] Das dringende Bedürfnis und der daraus hervorgehende Wunsch, ein gewerbliches Schiedsgericht für den Gemeindebezirk der Stadt Bries zu gründen, bewog die städtischen Behörden vor längerer Zeit, eine Commission zu ernennen und dieselbe über Entwurf eines Orisstatuts zur Errichtung eines solchen Schiedsgerichts in Beratung treten zu lassen. Dieser Entwurf liegt nun vor und ist in seinen wesentlichen Punkten vorgelegt von den städtischen Behörden genehmigt worden. Die wichtigsten Punkte dieses Orisstatuts sind folgende: 1) Streitigkeiten zwischen selbstständigen Gewerbetreibenden (Handwerksmeistern und Fabrikbesitzern) und ihren Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen und Fabrikarbeitern, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben, oder auf die Ertheilung, oder den Inhalt der in den §§ 113 und 124 der deutschen Gewerbe-Ordnung erwähnten Zeugnisse beziehen, sind in Zukunft durch ein gewerbliches Schiedsgericht zu entscheiden; 2) das Schiedsgericht besteht: a. aus einem Mitgliede des Magistrats als Vorsitzenden, b. aus vier Beisitzern, welche für jeden Streitfall durch den Vorsitzenden aus der Beisitzerliste zur Hälfte aus Arbeitnehmern und zur Hälfte aus Arbeitgebern bestimmt werden; 3) die Stadtverordneten-Versammlung wählt alle 3 Jahre 12 Arbeitgeber und 12 Arbeitnehmer zu



Weißern für die Amtsperiode; 4) die Vorladung der Parteien erfolgt innerhalb 48 Stunden vom Zeitpunkt des Klagenantrages an gerechnet. — Der Magistratsantrag, die Verpachtung der Wochenmarkt-Standgeld-Erhebung betreffend, welcher am 25. v. M. auf Antrag des Stadtverordneten Frante verfaßt worden war, hatte inzwischen eine große Anzahl biesiger Bürger veranlaßt, beim Magistrat um gänzliche Aufhebung des Marktstandgeldes zu petitioniren. Wiewohl die städtischen Behörden mehrere der für Aufhebung des Marktstandgeldes in der Petition sprechende Motive nicht unterschätzten, so konnten sie sich dennoch mit dem Petitionsantrage nicht einverstanden erklären, und zwar um so weniger, als bei der in Aussicht stehenden Aufhebung der Schlacht- und Mäststeuer ohnehin alle Steuerkräfte der Commune werden in Anspruch genommen werden müssen, um den Ausfall an Einnahmen anderweitig zu decken. Daher beschloßen die städtischen Behörden, die Verpachtung der Erhebung des Marktstandgeldes vom 1. Januar 1873 ab auf 3 Jahre auszubieten und letzteres auf 1 Pfennig pro Tag und  $\frac{1}{10}$  Quadratmeter Marktfläche festzusetzen.

**Tost, 13. October.** [Auszeichnung. — Postagentur.] Vor einigen Tagen überreichte der Kreislandrath Herr Graf Strachwiz im Namen der k. Regierung unserm langjährigen und bewährten Arzte Herrn Dr. Pauly das Patent seiner erfolgten Ernennung zum k. Sanitätsrath. Diese staatliche Anerkennung der vielfachen Verdienste des Herrn Sanitätsrath Dr. Pauly in seinem ärztlichen als auch communalen Wirkungskreise dürfte seine vielen Freunde und Bekannte als eine wohlverdiente erfreuen. — Seit dem 1. d. M. ist in Gr. Rotulin eine Post-Agentur errichtet und dem herrschaftlichen Rentmeister Herrn Rassef zur Führung übergeben worden. Die Postkutschen werden durch eine täglich einmalige Botenpost von hier aus befördert.

[Notizen aus der Provinz.] \* Siegnitz Am 14. October fand hier die feierliche Einweihung des neuen Gebäudes der Wilhelmsschule statt. + Gd. litz. Zwischen Riesen und Udemannsdorf stieß am 14. Octbr. Morgens der um 10½ Uhr eintreffende Güterzug auf ein Arbeitslocomotiv, wodurch die Locomotive und ein Güterwagen entgleisten und beschädigt wurden.

Reichenbach. In dem Dominialforst von Habendorf wurde kürzlich vom dem Sohne des dahigen Försters Herrn Scholz ein Steinabler im Fluge geschossen. Die Länge des Ablers beträgt 1,02 Meter, die Flügelbreite 2,47 Meter.

## Sprechsaal.

### Die Weimarer Versammlung von Pädagogen der höheren Mädchenschulen Deutschlands.

Obgleich die „Breslauer Zeitung“ schon einige Notizen über die diesjährige Versammlung der Pädagogen der höheren Mädchenschulen in Weimar gebracht hat, so möchten ein paar Zeilen über denselben Gegenstand, welche mehr die Ziele und Zwecke schildern, die man dort verfolgte und die Ansichten, von denen man ausging, vielleicht noch immer nicht ganz unangemessen erscheinen.

Die Versammlung von Dirigenten, Lehrern und Lehrerinnen der höheren Mädchenschulen Deutschlands, welche in der durch so große literarische und nationale Erinnerungen geweihten Stadt Weimar am 29. und 30. September d. J. tagte und Mitglieder aus allen Gauen Deutschlands, von der Elbe und vom Rheine, wie von der Weser und Oder, von der Nordsee wie von der Ostsee, zählte, bestand aus ca. 160 Personen und war die erste derartige seit dem Bestehen eines höheren Mädchenschulwesens in Deutschland. Sie ward vornämlich veranlaßt durch die von allen Seiten sich kundgebende Ueberzeugung, daß es endlich an der Zeit sei, dieses höhere Mädchenschulwesen, das sich seit 50 Jahren stetig entwickelte, über alle Theile Deutschlands ausgebreitet hatte und nun schon seit Decennien zu einem wohlgegliederten, in allen seinen Partien angemessen durchgeordneten Organismus erwachsen war, aus seiner bisherigen zweifelhaften Stellung zu befreien und demselben einen ebenbürtigen Platz neben den höheren Bildungsanstalten für die männliche Jugend, den Gymnasien und Realschulen, anzuweisen. Die höheren Mädchenschulen sind nämlich so weit gediehen, daß sie mit Recht den Anspruch auf eine derartige Stellung für die Zukunft erheben können, denn ihr Lehrercollegium ist, ähnlich denjenigen der genannten Anstalten für die männliche Jugend, aus akademisch gebildeten, pro facultate docendi geprüften Fachlehrern, wie aus erprobten Elementarlehrern zusammengesetzt und auch die an ihnen wirkenden Lehrerinnen sind nur Solche, die ihr betreffendes Staatsexamen gut absolviert haben. Diese Anstalten haben überdies dieselbe Klassenentwicklung und Gliederung, wie die Gymnasien und Realschulen, entsprechende Pensumvertheilung, öffentliche und Klassenprüfungen, Aufnahme und Versetzungsmodalitäten u. s. w., und es kann daher unmöglich angemessen erscheinen, wenn dieselben von officieller Seite her noch immer unter der Rubrik „Elementarschulen“ behandelt werden, der sie längst entwachsen sind. Es war also hohe Zeit für die Pädagogen der höheren Mädchenschulen zusammenzutreten und diese Thatsachen öffentlich zu constatiren, wie dies denn auch durch die Aufstellung einer Anzahl von Thesen geschehen ist, von denen die Breslauer Zeitung in einem früheren Artikel wenigstens die hauptsächlichsten gebracht hat. Zu diesen Thesen, welche in einer Vorversammlung und in einer Hauptversammlung vorgelegt und nach einer eingehenden Debatte angenommen wurden, wird eine Denkschrift ausgearbeitet werden, die nach sorgfältiger Revision durch eine dazu gewählte Siebenercommission, an sämtliche deutsche Einzelregierungen, wie an die Regierung des deutschen Reiches, versandt werden und der, wie zu hoffen, namentlich in Preußen bei den bevorstehenden Beratungen über das schon so lange sehnlichst erwartete Unterrichtsgesetz die gebührende Berücksichtigung zu Theil werden wird, eine Erwartung, die wohl um so mehr als eine berechtigte zu bezeichnen ist, da bereits während der Weimarer Verhandlungen ein Oberschulrath aus Baden und ein anderer aus Hessen-Darmstadt mit der Erklärung austraten, Thesen zu acceptiren, denen der Zustand ihres öffentlichen höheren Mädchenschulwesens im Wesentlichen schon entspreche. Naturgemäß besprach diese erste Zusammenkunft nur hauptsächlich die äußere Organisation der höheren Mädchenschule, ihr Verhältnis zu den anderen Kategorien von Mädchenschulen, der Mittelschule und der Elementarschule für das weibliche Geschlecht, sowie zu den staatlichen Unterrichtsbehörden. Die innere Organisation derselben, das Verhältnis der einzelnen Fächer zu einander, der Umfang, in dem dieselben zu betreiben sind u. s. w. wird Gegenstand einer späteren Zusammenkunft sein, für die demnächst entweder für die Sommer- oder Michaeliserferien nächsten Jahres die Stadt Hannover in Aussicht genommen ist, welche denn auch bereits in der freundlichsten Weise sich zur Aufnahme der Versammlung bereit erklärt hat und gewiss an Aufmerksamkeit der großherzoglich sächsischen Regierung, der die Versammlung in dieser Beziehung zu großem Danke verpflichtet ist, nicht nachsehen wird. Ebenso sind zur weiteren Belebung des Verkehrs der Pädagogen der höheren Mädchenschulen untereinander provisorische Verbände in Aussicht genommen und es darf gehofft werden, daß beispielsweise der Verband für Schlesien und Posen demnächst ins Leben treten wird.

Auf die Einzelheiten der Verhandlung einzugehen, kann in diesen Blättern nicht angemessen erscheinen. Die in Berlin erscheinende „Deutsche Schulzeitung“, deren Redacteur, Seminarlehrer a. D. Keller, in der Versammlung gegenwärtig war, hat in ihrer Nummer vom 11. October d. J. bereits einiges darüber gebracht und wird wohl noch Weiteres bringen. Zweierlei sei jedoch zur Vermeidung etwa möglicher Mißverständnisse bemerkt. Wenn nämlich oben gesagt ist, daß die höheren Mädchenschulen nach ihrer gegenwärtigen Entwicklung

einen ebenbürtigen Platz neben den Gymnasien und Realschulen beanspruchen, so soll damit nicht ausgesprochen sein, daß es ihre Absicht ist, genau denselben Bildungsgang innezuhalten, wie jene Anstalten, genau dieselben Fächer und in ganz derselben Weise, in gleicher Ausdehnung und Begrenzung, zu lehren. Vielmehr wird in dieser Beziehung in den Thesen ganz ausdrücklich erklärt: „nicht aber in einer unselbstständigen Nachahmung dieser Anstalten, sondern in einer Organisation, welche auf die Natur und Lebensbestimmung des Weibes Rücksicht nimmt, ist die Zukunft der Mädchenschulen zu suchen; — sie weist daher den Charakter einer Hochschule zurück.“ — Ebenso ist es naturgemäß, daß die ganze Discussion hauptsächlich die öffentlichen communalen und staatlichen höheren Mädchenschulen im Auge hatte, wenn auch die an den privaten höheren Mädchenschulen wirkenden Pädagogen in einer gewissen Anzahl zugegen und von der Beratung und Beschlußfassung keineswegs ausgeschlossen waren. Die normativen Bedingungen für das Wesen der höheren Mädchenschule konnten aber immer nur von der öffentlichen Anstalt dieser Kategorie entnommen werden, die privaten höheren Mädchenschulen mußten sich bescheiden, auf diesen Charakter nur dann Anspruch machen zu können, wenn sie diesen Bedingungen in Bezug auf Zahl, Qualität und Beschäftigungsweise ihrer Lehrer und Lehrerinnen, Pensumvertheilung u. s. w. wenigstens annähernd entsprochen und vor einer sachverständigen Revision in ähnlicher Weise bestehen konnten. Private Anstalten, die dies aus irgend welchem Grunde nicht zu leisten im Stande sind, wird man ferner schwerlich als höhere Mädchenschulen im Sinne der Thesen der Weimarer Versammlung anerkennen im Stande sein, mögen sie auch immerhin in ihren Kreisen fortfahren, sich diesen Namen beizulegen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß diese erste Versammlung gewiß bei allen Teilnehmern den besten Eindruck hinterlassen haben wird, sowohl wegen der mannigfachen Anregungen, welche der lebendige Ideen- und Erfahrungsaustausch zweifelsohne allseitig hervorgerufen hat, als auch wegen des erhebenden Bewußtseins der Einstimmigkeit in allen wesentlichen dieses Gebiet berührenden Fragen, welche bei dieser Gelegenheit in einer die Teilnehmer vielleicht selbst überraschenden Weise zu Tage kam.

Und so sei denn hiermit die höhere Mädchenschule zugleich dem Interesse des gebildeten Publikums von Neuem empfohlen, welchem ja gleichfalls sehr viel daran gelegen sein muß, daß seine Töchter eine wahrhaft gebiegene, alle Seelenkräfte der Menschen gleichmäßig berücksichtigende und kultivierende und dabei mit ihrer eigentlichen Natur in enger Verbindung stehende Ausbildung erhalten.

M. M.  
Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts Sternwarte zu Breslau.

October 14. 15.	Therm. 2 U.	Therm. 10 U.	Mora. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 52	331 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 18	329 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 14
Luftwärme	+ 16 <sup>8</sup> / <sub>10</sub>	+ 13 <sup>7</sup> / <sub>10</sub>	+ 12 <sup>2</sup> / <sub>10</sub>
Quecksilber	5 <sup>1</sup> / <sub>10</sub> 01	3 <sup>8</sup> / <sub>10</sub> 85	3 <sup>3</sup> / <sub>10</sub> 35
Dunstfälligkeit	61 pCt.	60 pCt.	68 pCt.
Wind	SO. 2	SO. 3	SO. 4
Wetter	heiter.	heiter.	wolkig.

Breslau, 15. Oct. [Wasserstand.] D. 4. 15. 10. 8. U. 3. 1. 4. 8.

Berlin, 14. October. Im gestrigen Privatverkehr waren die Speculationsseifen schwankend, Banken still. Industriepapiere jedoch lebhaft, besonders Bergwerksactien. Credit 204 $\frac{1}{2}$ —203 $\frac{1}{2}$ —%. Lombarden 126 $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{2}$ —%. Franzosen 201 etw. 199 $\frac{1}{2}$ —200. Amerikaner 188 $\frac{1}{2}$  97 $\frac{1}{2}$ , do. 188 $\frac{1}{2}$  98 $\frac{1}{2}$ . Tabaks-Actien 650. Köln-Mindener 169. Rheinische 173—172 $\frac{1}{2}$ —%. Bergische 137—136 $\frac{1}{2}$ —%. Rhein-Nahe 53 $\frac{1}{2}$ —%. Halle-Sorau 68. Berliner Bank 136. Disconto-Comm. 324 $\frac{1}{2}$ . Centralb. für Genossenschaft. 147 G. Prob.-Disconto 175. Preuß. Boden-Credit (alte) 243. Laurabank 227—225. Dortmunder Union 191—190—190 $\frac{1}{2}$ . Deutsche Eisenb.-Bau 120 $\frac{1}{2}$  bez. u. B. Harf. Bergw. 96 $\frac{1}{2}$  bez. u. G. Die Tendenz des heutigen Geschäftes war auf allen Gebieten eine feste, das Geschäft selbst zeichnete sich durch eine größere Lebendigkeit aus, die nicht unwillkürlich gegen die Stille der letzten Contraktirte; vorzugsweise fand wiederum in Bergwerksactien ein sehr reger Verkehr statt. Die Speculationsseifen erzielten nur geringere Coursabnahmen wurden jedoch ziemlich lebhaft umgekehrt. Am beliebtesten waren österreichische Creditactien, es blieben aber auch Lombarden und Staatsbahn nicht zurück. In anderen österreich. Bahnen war das Geschäft sehr geringfügig, so daß eine bestimmte Tendenz nicht zum Ausdruck gelangen konnte. Auch in österr. Fonds blieben die Umsätze in sehr engen Dimensionen, wiewohl die Stimmung recht fest war. Von auswärtigen Fonds gingen Ähren in recht fester Haltung lebhaft um, für Amerikaner dieselbe Tendenz bei ruhigem Verkehr. Russische Fonds theilweise recht beliebt, besonders Bodencredit, Liquidations-Bandbriefe gesucht. Spro. Bandbriefe höher, dagegen englische Anleihen billiger erhältlich. In preussischen und deutschen Fonds einiges Leben. Course nur wenig verändert. Von Prioritäten waren nur Berg. VII. und einige andere Preussische durch regeres Geschäft begünstigt. Auf dem Eisenbahnactienmarkt herrschte eine sehr feste Stimmung, die auch durch lebhaftes Geschäft unterstützt wurde, auch die schweren Bahnen erzielten mehrprocentige Coursabnahmen. Von leichten Actien waren ganz vorzugsweise Nahebahn beliebt, steigend, aber auch andere, wie Breit-Gräjewo, Mähren-Mährisch, Ostpreussische Südbahn waren beliebt. Nahebahn auch auf Prämie in lebhaftem Verkehr. Östlicher erzielten nur eine geringe Coursbesserung, Rumänen lebhaft. Bankactien fest und ziemlich lebhaft, zum großen Theil auch höher, so Sachmann, Disconto-Commandit, in Bankverein sehr großes Geschäft, besgl. Unionbank, Centralb. für Gnd.; Quistorp steigend auf den sehr günstigen Abschluß für die ersten 9 Monate d. J. Bafeler Bankverein 109 $\frac{1}{2}$  G. Dresdener Handelsbank 98 $\frac{1}{2}$  G. Halleische Creditanstalt 104 $\frac{1}{2}$  bez. Industriellen rege, besonders Laura, Dortmunder Union, Oberschlesische Eisenbahnbedarf, Münnig, Glauzig, Westend und Schering. (Bank u. S. 3.)

Berlin, 14. Octbr. [Vereinte Königs- und Laurabänken.] Heute hat die Generalversammlung dieser Gesellschaft stattgefunden. Der in derselben vorgetragene Geschäftsbericht ist ein überaus günstiger: Die Production betrug 11,618,000 Centner Steinkohlen, 2,256,000 Ctr. Stenerze, 1,762,000 Ctr. Roheisen, 1,326,000 Ctr. Bahndrahten, 1,229,000 Ctr. Eisenblech, 14,000 Ctr. Zink. Die Betriebsabverhältnisse betragen 1,229,000 Ctr. Zink, davon sind auf Abrechnungen 300,000 Ctr. verwendet, dem Reservefonds 100,000 Ctr. zugewiesen, an Lantione 41,100 Ctr. bezahlt und den Actionären eine Dividende von 12 $\frac{1}{2}$  pCt. (735,000 Ctr.) bestimmt. Die General-Versammlung hatte dann noch über 53,000 Ctr. zu disponiren, die für verschiedene Zwecke zu Gunsten der Arbeiter u. s. w. Verwendung fanden. Ueber die Ausichten des neuen Geschäftsjahres sagt der Bericht, daß die machende Production und die erhebliche höheren Preise der Produkte eine ansehnlich höhere Dividende in Aussicht stellen bei völliger Aufrechterhaltung der durchaus soliden Basis des ganzen Geschäfts. Zum Revisor wurde Herr Hermann Meyer, zu dessen Stellvertreter Herr Jul. Frankenstein gewählt.

Berlin, 14. Oct. [Neuer Berliner Viehmarkt.] Es standen zum Verkauf 1708 Stück Hornvieh, 7399 Schweine, 880 Rälber, 5043 Hammel. Der Markt für Hornvieh beendete sich heute schneller und bei gehobener Stimmung als an den letzten beiden großen Markttagen; es stellte sich für den Export ein ganz lebhafter Begehre heraus und wurden daher auch etwas bessere Preise bezahlt: L. Qualität erzielte 17—18 $\frac{1}{2}$  Thlr., II. 13—14 Thlr., III. ca. 11 Thlr. pr. 100 Pfd. Schlachtgewicht.

Bei Schweinen verlief das Geschäft langsamer, doch wurde ziemlich fest auf dem jetzt erzielten Preise gehalten und dadurch noch circa 19 Thlr. pr. 100 Pfd. Schlachtgewicht erreicht. Rälber wurden schnell und zu immer noch recht hohen Preisen geräumt. Am längsten verweilte sich der Markt heute bei den Hammeln, obgleich der Auftrieb verhältnismäßig nicht zu stark war; es wurden durchschnittlich nur ca. 7 Thlr. pr. 45 Pfd. bewilligt und verblieb auch einiger Ueberstand.

Bekanntmachung, betreffend die Einlösung der zum 1. Juli d. J. gekündigten 5proc. Anleihe von 1859.

Von den durch unsere Bekanntmachung vom 21. December d. J. (Reichs- und Staats-Anzeiger von 1871 Nr. 201) zur baaren Einlösung am 1. Juli d. J. gekündigten Schuldschreibungen der 5proc. Staatsanleihe vom Jahre 1859 ist ein erheblicher Theil noch nicht zur Einlösung eingereicht.

Da die Verzinsung dieser Schuldschreibungen bereits seit dem 1. Juli d. J. aufgehört hat, so werden die Vetheiligten zur Vermeidung weiterer Zinsverluste an die baldige Einlösung der fraglichen Schuldschreibungen hierdurch erinnert.

Berlin, den 11. October 1872.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

v. Wedell. Löwe. Röger.

B. Stettin, 14. Octbr. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: leicht bewölkt. Temperatur + 12° N., Barometer 28 $\frac{1}{2}$  4 $\frac{1}{2}$ . Wind: NO. — Weizen matt, pr. 2000 Pfd. loco alder ger. 55—65 Thlr. bez., besserer 67—78 Thlr. bez., feiner bis 81 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pr. October 81 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pr. October-November 81 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pr. November-December 81 $\frac{1}{2}$ —81 Thlr. bez., pr. Frühjahr 81 $\frac{1}{2}$ —81 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 82—81 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez. — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco alter 49—53 Thlr. bez., neuer 53—56 Thlr. bez., pr. October u. October-November 53 $\frac{1}{2}$ —52 $\frac{1}{2}$ —53 Thlr. bez., pr. November-December 53 $\frac{1}{2}$ —53 Thlr. bez., pr. Frühjahr 55—54 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pr. Mai-Juni 55 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez. — Gerste still, pr. 2000 Pfd. loco 50—60 Thlr. bez. — Hafer unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 38—46 Thlr. bez., pr. October 45 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br., pr. Frühjahr 46 Thlr. Gld. — Erbsen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 45—51 Thlr. bez. — Wintererbsen pr. 2000 Pfd. loco 100—103 Thlr. bez., pr. October 103 Thlr. bez., pr. November 104 Thlr. Gld. — Rübsen matt, pr. 200 Pfd. loco 23 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., abgel. Amelung 23 Thlr. bez., pr. October 23 $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{2}$ , 23 Thlr. bez., pr. October-November 23 Thlr. Br., pr. April-Mai 24 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., 24 $\frac{1}{2}$  Thlr. Gld., pr. September-October 1873 24 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br., 24 $\frac{1}{2}$  Thlr. Gld. — Spiritus matt, pr. 100 Liter 1873 24 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br., 24 $\frac{1}{2}$  Thlr. Gld. — Petroleum loco 6 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pr. October-November 18 $\frac{1}{2}$ , 17 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pr. Frühjahr 18 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$ , 18 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez. — Petroleum loco 6 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$  Thlr. bez., pr. October-November 6 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br., pr. December-Januar 7 $\frac{1}{2}$ , 7 Thlr. bez. 7 $\frac{1}{2}$  Thlr. Br.

Angemeldet: 2000 Ctr. Weizen, 10,000 Ctr. Roggen, 2000 Ctr. Rübsen, 700 Ctr. Rübsen.

Regulirungspreise: Weizen 81 $\frac{1}{2}$ , Roggen 53, Rübsen 103, Rübsen 23 $\frac{1}{2}$ , Spiritus 19 $\frac{1}{2}$  Thlr. bez.

Trautenau, 14. Octbr. [Garnbörse.] Bei zahlreichem Besuche blieb der Begehre nach allen Garn-Sorten anhaltend gut und es haben sowohl heute als in der verfloßenen Woche zahlreiche Abschlässe stattgefunden.

In den Preisnotirungen, sowie in der Haltung der Spinner gegenüber den Gantkäufern ist gegen die Vorwoche keine Veränderung eingetreten.

Notirungen: Loco Nr. 10 zu 73, Nr. 12 zu 65 $\frac{1}{2}$ , Nr. 14 zu 59 $\frac{1}{2}$ , Nr. 16 zu 56 $\frac{1}{2}$ , Nr. 18 zu 53, Nr. 20 zu 51 $\frac{1}{2}$ , Nr. 22 zu 49 $\frac{1}{2}$ , Nr. 25 zu 47 $\frac{1}{2}$ , Nr. 28 zu 45 $\frac{1}{2}$ , Nr. 30 zu 44 $\frac{1}{2}$  Gulden pro Schock. — Eine Nr. 30 zu 45 $\frac{1}{2}$ , Nr. 35 zu 41 $\frac{1}{2}$ , Nr. 40 zu 37 $\frac{1}{2}$ , Nr. 45 zu 36, Nr. 50/70 zu 35 Gulden pro Schock durchschnittlich, Ziel 4 Monat per Cassa 2% Sconto bei normalem Verkehr.

W. Frankfurt a. M., 12. October. [Wochenbericht.] Die matte Tendenz der vorigen Woche war auch in der nun beendeten, in welcher sie im Anschluß an abermals niedrige auswärtige Notirungen eröffnete, vorherrschend. Auf Bedungskäufe trat später eine vorübergehende Festigkeit ein, welche jedoch keinen Bestand hatte, da die frühere Unflüchtigkeit, welche das Geschäft für den größten Theil der abgelaufenen Woche in enge Grenzen bannte, schnell wieder die Oberhand gewann. Obgleich sich der Geldmarkt wesentlich günstiger gestaltet, ist die Lage der Börse durchaus noch nicht als gelöst anzusehen und die nöthige Vorsicht immer noch am Platze. Es muß dahin gestellt bleiben, ob sich bei den ferneren Einzahlungen auf die französische Anleihe Vorgänge, wie die erlebten, wiederholen werden. Gegen Schluß der Woche trat in der Stimmung der Börse eine Wendung zum Besseren ein, welche in den Coursen der tonangebenden Speculations-Papiere ihren Ausdruck fand und dem Verkehr ein animirtes Gepräge verlieh. Die abermalige Disconto-Erhöhung der Londoner Bank von 1 pCt., auf welche man nicht vorbereitet war, brachte demungeachtet keinen Einbruch hervor. Man ist der Ansicht, daß, nachdem die Devisen London und New-York im Steigen ist, weitere Goldausfuhr von England nach Amerika wohl unterbleiben möchte und die Aussichten für eine Besserung der Geldlage nunmehr im Zunehmen sind.

Im Vordergrund des dieswöchentlichen Verkehrs, standen österreichische National-Banctien, welche auf Gerüchte größerer Finanzoperationen, welche mit der ungarischen Regierung bevorstünden, ihren Cours von 932 rapide auf 994 erhöhten. Diefelben stellten sich am Schluß infolge billiger, auf 982. Creditactien von 354 $\frac{1}{2}$  der Vorwoche auf 350 rückgängig, gelangten in aufsteigender Richtung bis 356 $\frac{1}{2}$ . Darmstädter Banctien sind 506, gegen 505 $\frac{1}{2}$ .

Unter den jüngeren Banctien gelangten österreichische Deutsche, nach geschlossenem Rückgange auf 124 $\frac{1}{2}$ , in wieder aufsteigender Richtung auf 126. — Frankfurt Banctien sind 156 nach 154 $\frac{1}{2}$ . — Berliner Banctien 156 nach 153 $\frac{1}{2}$ . — Deutsche Vereinsbank 142 $\frac{1}{2}$  nach 142. — Deutsche Effectenbank 136 $\frac{1}{2}$  nach 137 $\frac{1}{2}$ . — Frankfurt Wechselbank 113 $\frac{1}{2}$ . — Stuttgarter Bank 116 $\frac{1}{2}$ .

Bei den Bahnen verkehrten Lombarden, auf Gerüchte, welche bezüglich des Novembercoupons circulirten, in anfänglich wackelnder Richtung bis 217 $\frac{1}{2}$ , auf die Nichtbestätigung der erwünschten Nachrichten, erholten sich dieselben indeß schnell wieder auf 221, wozu sie gesucht bleiben. — Staatsbahn von 346 $\frac{1}{2}$  der Vorwoche bis 342 $\frac{1}{2}$  rückgängig, fand am Wochen-Schluß 350 $\frac{1}{2}$ . — Elisabeth-Actien, beim Course von 264 $\frac{1}{2}$ , f. 2 — niedriger wie früher, neue Elisabeth bei 226, f. 2 —; Galizier bei 247 $\frac{1}{2}$ , 3 $\frac{1}{2}$  fl.; Rhein-Nahebahn höher bei 52 $\frac{1}{2}$ , ebenso Nordbalticactien bei 192 $\frac{1}{2}$ .

Eisenbahn-Prioritäten, bei beschränktem Verkehr wenig verändert: 5 pCt. Danieser verloren bei 70 $\frac{1}{2}$  pCt. — 5 pCt. Elisabeth  $\frac{1}{2}$  pCt.; 5 pCt. ung. österreichische 11 pCt., ung. Nordost  $\frac{1}{2}$  pCt.

Bei den Fonds gingen österreichische Renten in größeren Beträgen um. S. Rente 64 $\frac{1}{2}$ . Papier-Rente 60 $\frac{1}{2}$ . Spanier 29 $\frac{1}{2}$ . Von Amerikanern sind 81er. 98 $\frac{1}{2}$ ; 82er. 96; 84er. Mai, 95 $\frac{1}{2}$ ; 85er. 97.

Loospapiere verhältnißmäßig. Raab-Gräzer 83 $\frac{1}{2}$  10. Österreichische 60er. Loose 94 $\frac{1}{2}$ ; 62er. 160. Dester. Creditloose 208.

Bei den Devisen ist Wien in L. S. 106 $\frac{1}{2}$ , in L. Sicht 106 $\frac{1}{2}$ ; L. London 118 $\frac{1}{2}$ , L. London 118 $\frac{1}{2}$ . Brüssel 92 $\frac{1}{2}$ . Paris 92 $\frac{1}{2}$ .

Sorten im Preise besser: Napoleons 9, 22 $\frac{1}{2}$ . Sovereigns 11, 49. Zmperiales 9, 43. Pr. Friedrichsd'or 9, 59.

Geld leichter. — Prolongationen stellen sich auf 6 bis 6 $\frac{1}{2}$  pCt. Der Sonntagsbörsen-Verkehr wird mit dem 20. October hier wieder aufgenommen.

Leipzig, 14. October [Mefbericht.] Englische Manufactur-Waaren. Die für den Winter vorherrschende Mode, welche jetzt schon festgestellt ist, besteht hauptsächlich in einfachen, glanzreichen Kleiderstoffen, sowohl facen als glatt, vorzugsweise jedoch in schönen, reinen, nicht zu lebhaften Farben. Der Absatz in Stapelartikeln, als: Orleans, Moles, Twills, Grosgrains, Zanellas u. c., war freilich während dieser Messe ein beschränkter, da auch dafür immer noch die eingeführten hohen Preise verlangt wurden, infolge dessen Engrosläufer sich sehr neutral verhielten, und man auf ein ferneres Sinken der Baumwollwaaren hoffte. Trodem die Verkäufer sich gern den obwaltenden Verhältnissen fügen wollten, blieb ihnen dennoch die Möglichkeit abgeschnitten, größere Posten an den Mann zu bringen und den gestellten Geboten zu willfahren. Rafins und Serges dagegen fanden namentlich in guten und feinen Qualitäten belangreichen Absatz, da die erstandenen Damenschubfabriken einen immer größeren Aufschwung nehmen und sich sehr günstig beim Publikum einführen und da die gestellten Preise derartig solid sich herausstellten, daß es bald dahin kommen dürfte, keine Waare nach Maß zu bestellen. Die Nachfrage für baumwollene Artikel, als: Schirtings, Moleskins, Belvets, namentlich gute baumwollene, war eine sehr belangreiche, und wurden große Aufträge zu alten erhöhten Preisen gern und vielfach erteilt, infolge dessen sich das Mefgeschäft hierin als sehr befriedigend und lohnend abwickelte.

[Londoner Colonialwaaren-Markt.] Sonnabend, 12. October. Zuder stetig. — Kaffee fest. — Thee und Reis stetig. — Zute ruhig.

Metallmarkt ruhig aber stetig. Petroleum: stetig, zu 1 Sh. 6 D. Terpentin: fester, Pfd. Sterl. 42.

Zala: fest, loco 46, 3. October-Dechr. —, —, Dechr. 46, 6—46, 9, Januar-März Pfd. Sterl. 47, 3—47, 6, März 47, 9—48.

Baumwollsaamen: stetig, Hull 32, 9. Rübsöl: stetig, loco Pfd. Sterl. 39—39, 3, October-Dechr. Pfd. Sterl. —, Dechr. 39, 6, Januar-April 40, 6.

Leinöl: fest, London 35, 9, in Exportaffären 36, —, Hull 35, 9, lauf. Monat 35, 6—35, 9, October-Dechr. 34, 9—35, Januar-April 34, 6.

Der Wochen-Export per Hull beträgt 393 Tonnen, wovon nach Antwerpen 15, Bremen 12, Brüssel 3, Danzig 25, Hamburg 100, Rotterdam 133 und Stettin 105 begeben wurden.



